

770 mutmaßliche Mafiamitglieder in Deutschland

Ostdeutschland von Aktivitäten organisierter
Kriminalität weniger betroffen



Deutlicher Zuwachs: Die italienische Mafia ist in Deutschland seit 2016 stärker vertreten. dpa

klau. FRANKFURT. Den deutschen Sicherheitsbehörden sind 770 mutmaßliche Mitglieder italienischer Mafiaorganisationen bekannt. 505 davon werden der kalabrischen 'ndrangheta zugerechnet, wie es in der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen heißt, die der F.A.Z. vorliegt. Sie gilt als größte und gefährlichste italienische Mafiaorganisation. Besonders stark vertreten ist die 'ndrangheta demnach in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen.

Der Cosa Nostra werden hierzulande 109 Mitglieder zugerechnet, der Stidda, einer Abspaltung der sizilianischen Mafia, 30. Außerdem sind den Sicherheitsbehörden 101 Personen bekannt, die mutmaßlich der Camorra angehören, sowie 16 der apulischen organisierten Kriminalität.

Im Jahr 2016 waren den Mafiaorganisationen hierzulande noch deutlich weniger Mitglieder zugerechnet worden: 550. Die Bundesregierung weist in ihrer Antwort allerdings auch darauf hin, das bedeute nicht unbedingt, dass die italienischen Gruppierungen in Deutschland in den vergangenen Jahren stärker geworden sind. Einer der Gründe für den Anstieg liegt sicher in den neuen Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden über die hier ansässigen Personen – sei es aus eigenen Ermittlungsverfahren oder von ihren italienischen Kollegen.

Höhere Dunkelziffer vermutet

„Die steigenden Zahlen sind vermutlich auch noch nicht das Ende der Fahnenstange, und wir müssen alles daransetzen, das Dunkelfeld weiter zu erhellen“, sagt Irene Mihalic, die innenpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. „Wir brauchen dringend eine Stärkung der kriminalpolizeilichen Arbeit in diesem Bereich sowie eine effektive Geldwäschebekämpfung und eine intensivere Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn.“ Laut Bundesregierung gab es 2020/2021 bisher neun gemeinsame Ermittlungsgruppen mit den italienischen Behörden.

Auf die Frage nach der Präsenz italienischer Gruppierungen in Ostdeutschland verweist die Bundesregierung auf Einschätzungen der italienischen Polizei, die seit 2016 immer wieder Aktivitäten der 'ndrangheta in Sachsen und Thüringen hervorhebt. Insgesamt sei die italienische organisierte Kriminalität im Osten Deutschlands aber in

weit geringerem Maße als im Westen feststellbar, schreibt die Bundesregierung.

Gemeinsame Recherchen des MDR und der F.A.Z. hatten im Frühjahr gezeigt, dass es schon vor etwa 20 Jahren umfangreiche Ermittlungen unter anderem des Bundeskriminalamts gegen eine mutmaßliche 'ndrangheta-Zelle in Thüringen gegeben hatte. Ein Untersuchungsausschuss im Landtag in Erfurt versucht zurzeit zu klären, warum das Verfahren mit dem Namen „Operation Fido“ damals eingestellt wurde. MDR und F.A.Z. hatten von Kompetenzgerangel und Behördenstreitigkeiten berichtet. Ein ranghoher Ermittler sagte rückblickend: „Es gab damals keinen sachlichen Grund, das Verfahren einzustellen.“